

Avanti 2

Theoriebeilage:
Klimakatastrophe
und sozialistische
Alternativen

ISO Rhein-Neckar



Paradies für die Einen, kein Radieschen für die Anderen, Paris – 19. Januar 2019.

Foto: Photothèque Rouge - Martin Noda.

Französisch reden? Was sonst!

H. N.

Zu früh hatte sich Frankreichs Regierung gefreut. Doch von einem Rückgang der Bewegung der „Gelbwesten“ war auch am 11. Protesttag Ende Januar – dem *Acte 11* – nichts zu sehen.

Dafür waren wieder aggressive Polizei-Einsätze gegen protestierende Menschen zu beobachten. Erneut gab es zahlreiche Verletzte und viele Verhaf-

tungen. Erstmals kam es zudem in Paris zu tätlichen Angriffen von Neonazis auf Demonstrierende – auf unsere GenossInnen der NPA.

Die braunen Hilfstruppen des Kapitals flankieren die staatliche Einschüchterungspolitik. Durch ein neues Gesetz soll die Teilnahme an unangemeldeten Demos zum Straftatbestand werden. Organisieren wir die Solidarität mit den „Gelbwesten“! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Januar gab sich auf der Bühne des Weltwirtschaftsgipfels in Davos die selbsternannte globale „Elite“ aus Wirtschaft und Politik ihr alljährliches Stelldichein. Zeitgleich wurden aktuelle Zahlen zum weiter gewachsenen Reichtum der Superreichen und zu den legalen „Steuervermeidungsmethoden“ der Großkonzerne bekannt gegeben. Daraufhin meldeten sich die üblichen „Verdächtigen“ zu Wort. Und dann geht alles wieder seinen gewohnten Gang?

Nicht ganz. Immerhin hält die hartnäckige Bewegung der „Gelbwesten“ vor allem in Frankreich an. Wir befassen uns erneut

mit der Rebellion der GallierInnen in der aktuellen *Avanti*².

Weitere Themen dieser Ausgabe sind der Pflegenotstand, die Notwendigkeit des *politischen Organizing* im Betrieb und die Erinnerung an Rosa Luxemburg.

In unserer Theoriebeilage stellen wir Überlegungen zur drohenden Klimakatastrophe zur Diskussion.

Wir hoffen auf Euer Interesse an diesen und den anderen Artikeln der vorliegenden Ausgabe!

Eure Redaktion

INHALT

TITEL	REVOLUTION 1918/19
01 „GELBWESTEN“ Französisch reden?	06 ROSA LUXEMBURG Ikone oder Ratgeberin?
„GELBWESTEN“	INTERNATIONAL
02 „GELBWESTEN“ Interview mit Bernard Schmid	07 PERU Proteste weiten sich aus
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	RÜCKBLENDE / TERMINE
04 PFLEGENOTSTAND Was tun?	08 FEBRUAR 1919 Generalstreik ohne Chance?
05 BETRIEBSRÄTE Zahnlos oder mit hartem Kern	08 TERMINE
	THEORIEBEILAGE
	Klimakatastrophe oder Sozialismus Alternativen zur „Alternativlosigkeit“

Aufstand der „Gelbwesten“ Interview mit Bernard Schmid

Seit November 2018 haben sich hunderttausende „Gelbwesten“ in Frankreich an Demonstrationen und Blockaden beteiligt. Über die Hintergründe dieser Rebellion sprachen wir mit Bernard Schmid (Paris). Er hat die Proteste von Anfang mit kritischer Solidarität begleitet.

Auslöser der Bewegung war die angekündigte Erhöhung der Kraftstoffsteuern aus „ökologischen“ Gründen. Was sind die Ursachen des massenhaften Zorns?

Die ökologischen Motive waren im Regierungshandeln lediglich vorgeschoben. Weniger als eine der geplanten vier Milliarden an zusätzlichen Staatseinnahmen durch die Spritsteuererhöhung wurden für den „ökologischen Umbau“ ausgewiesen. In Wirklichkeit handelt es sich schlicht um die Einführung einer zusätzlichen Verbrauchsbesteuerung, also die Erhöhung einer indirekten Steuer, die sich nicht nach dem Einkommen richtet. Zugleich baut die Regierung unter Emmanuel Macron und seinem Premierminister Edouard Philippe seit ihrem Amtsantritt im Mai 2017 einkommensprogressive Steuern und Sozialabgaben von Unternehmen ab. Die dadurch ausfallenden Staatseinnahmen legte sie dafür auf einkommensneutrale Kopfsteuern um – insbesondere die „Allgemeine Sozialabgabe“ CSG. Diese Fiskalpolitik wird aus guten Gründen als ausgesprochen unsozial bewertet.

Welche Forderungen stehen jetzt im Vordergrund?

Die Bewegung ist uneinheitlich, aber am stärksten und relativ strömungsübergreifend verbreitet sind folgende Forderungen:

- Rücktritt von Präsident Macron
- Einführung von Bürgerbegehren, also von Volksabstimmungen, die durch eine von 700.000 Unterschriften unterstützte Initiative legitimiert sind (RIC oder *référendum d'initiative citoyenne*)
- Wiedereinführung der 2017 durch Macron abgeschafften Vermögenssteuer ISF (*impôt de solidarité sur la fortune*).

Wie organisiert sich die Bewegung?

Das hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab. Zunächst, vor Beginn der eigentlichen Proteste am 17. November 2018, tauschten die Leute sich über Wochen hinweg über Facebook und YouTube aus. Erst danach trafen die Betroffenen sich außerhalb des virtuellen Raums. Zumeist jedoch, vor allem in kleinen und mittleren Städten, zunächst an über Wochen hinweg besetzten Verkehrsnotenpunkten wie (Autobahnzubringern, Verkehrskreisel

...). Seit der Weihnachtspause hat die Zahl solcher besetzten Örtlichkeiten jedoch abgenommen. Mancherorts stellen allerdings Kommunen oder auch Privatleute Gelände zur Verfügung. Ansonsten treffen sich die Menschen seit Anfang Januar 2019 überwiegend bei den samstäglichen Demonstrationen. In einigen Städten finden jedoch auch zusätzlich organisierte Treffen in angemieteten Räumen statt.

Warum konnten Macron und seine Regierung – trotz massiver Repression und taktischer Zugeständnisse – bisher nicht die Kritik „von unten“ zum Schweigen bringen?

Weil sich ein viel tiefer sitzender Unmut hier Bahn bricht. In den kleineren Kommunen etwa resultiert der Zorn aus der seit Jahren stattfindenden Zerstörung von Arbeitsplätzen und des Abbaus von Postämtern, Bahnhöfen, Krankenhäusern oder Geburtsstationen. In den Kleinstädten ist diese Bewegung, gemessen an der EinwohnerInnenzahl, überdurchschnittlich stark. Hinzu kommt, dass gewerkschaftliche Bewegungen in den letzten Jahren mit schweren Niederlagen endeten (Proteste gegen die Arbeitsrechtsnovelle 2016 und 2017 oder gegen die „Bahnreform“ 2018). Mit der Bewegung der „Gelbwesten“ hat die weiterhin schwelende soziale Unzufriedenheit und Wut nun einen Kristallisationspunkt gefunden.

Die meisten Gewerkschaften und viele Linke sind zunächst auf Distanz zu den „Gelbwesten“ gegangen. Weshalb?

Einmal aufgrund der Präsenz der extremen Rechten, die von Anfang an versucht hat, Einfluss zu nehmen. Zum Zweiten reagieren Gewerkschaftsapparate oftmals skeptisch auf Bewegungen, die außerhalb des Einflusses ihrer Organisationen entstehen.

Hat sich an dieser abwartenden Haltung mittlerweile etwas geändert?

Ja, allerdings. Auf der „unteren“ und „mittleren“ Ebene nimmt etwa die CGT an den Protesten teil. Dies gilt eher für Westfrankreich (Rennes, Nantes, Toulouse), in Ostfrankreich ist das Gewicht der extremen Rechten in den sozialen Unterklassen stärker. Die CGT-Spitze wiederum versuchte, den Unmut und Zorn über eigene „Aktionstage“ außerhalb des „Gelbwesten“-Zusammenhangs aufzufangen – mit geringem Erfolg. Später rief sie – eher pro forma – für den 5. Februar 2019 zum Streik auf. Doch dann griffen Teile der „Gelbwesten“-Bewegung, und mittlerweile auch Sprecher der Linken (Jean-Luc Mélenchon von *La France insoumise*, Olivier Besancenot vom *Nouveau parti anticapitaliste*) diese Initiative auf und riefen ihrerseits für dasselbe Da-

tum zum massiven Streik auf.

Welche Perspektiven haben die „Gelbwesten“ für die kommenden Wochen und Monate?

Das ist eine gute Frage ... Zum Zeitpunkt dieses Interviews dauert die Protestbewegung bereits erheblich länger als vielfach vorausgesagt oder erwartet worden war. Wichtig könnte das oben erwähnte Datum 5. Februar werden. Auf jeden Fall wird diese Bewegung Spuren hinterlassen. Viele Personen haben mit ihr zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Protestbewegung aktiv teilgenommen. Viele Beteiligte wird man auch danach in Bürgerinitiativen, Demonstrationsbündnissen oder anderswo

antreffen. Ein Teil wird sich auf der Linken, ein Teil aber auch weit rechts politisieren. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt gibt es Versuche, eine Wahlliste unter dem Label „Gelbe Westen“ zur Europawahl am 26. Mai 2019 antreten zu lassen. Dieses Anliegen wird jedoch vor allem aus dem Establishment heraus gepuscht. Es geht nicht von der Basis aus. Das Macron-Lager erhofft sich davon eine Schwächung von Marine Le Pen auf der (extremen) Rechten und von Mélenchon auf der Linken.

[Die Fragen stellte W.A., 27.01.2019.] ■



Hast Du 68 vergessen? 2018 wirst Du nicht vergessen! Paris – 19. Januar 2019.

Menschen vor Profite!

Aktion „Olympischer Brief“ im Gesundheitswesen gestartet

O. T.

Am 10. Januar 2019 ist in Kiel der Startschuss für die Aktion „Olympischer Brief“ gefallen. Auf einer 40 Meter langen Schriftrolle in der „Olympic Letter Machine“ („OLM“) werden bundesweit Unterschriften für ein gutes Gesundheitssystem gesammelt. Es muss sich an den Bedürfnissen der aufopferungsvoll in der Pflege tätigen Menschen und der PatientInnen orientieren – und nicht an Profiten (siehe *Avanti*² vom Januar 2019).

Im Rahmen eines Stafettenlaufs quer durch Deutschland wird die Schriftrolle in der „OLM“ an die über 20 bestehenden Aktionsbündnisse weiter gereicht. So soll möglichst viel Unterstützung in der Öffentlichkeit für die Proteste gegen den Pflegenotstand organisiert werden.

Am 5. Juni 2019 findet zum Abschluss der Aktion eine zentrale Demonstration in Leipzig statt. In ihrem Rahmen soll der „Olympische Brief“ mit den gesammelten Unterschriften aus allen Bundesländern an die dort stattfindende Konferenz der Gesundheitsminister übergeben werden.

Die aktuelle Terminplanung sieht vor, dass der „Olympi-

sche Brief“ in der Zeit vom 11. April bis 20. April 2019 in der Region Rhein-Neckar weitergegeben wird. Für diesen Zeitraum werden vom *Bündnis Pflege Rhein-Neckar* in Kooperation unter anderem mit dem *Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar* öffentlichkeitswirksame Aktionen an unterschiedlichen Orten (z.B. vor Krankenhäusern) geplant.

Im Bewusstsein, dass nur bei einer breiten Unterstützung die Forderungen des „Olympische Briefs“ durchgesetzt werden können, sind alle aufgefordert, diese Aktionen nach Kräften zu unterstützen. ■

Kontakt und Infos:

Monika Neuner, Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im Gesundheitswesen, c/o ver.di Rhein-Neckar, Eppelheimer Str. 13, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/5360-36
E-Mail: buendnis-pflege-rhein-neckar@lists.riseup.net

Infos u.a. mit einem Fernsehbericht über die Startaktion in Kiel bei www.facebook.com/olympic.letter/

Termine:

- DI, 26.02.2019, 18:00 Uhr, Treffen des *Bündnisses Pflege Rhein-Neckar* bei ver.di, Eppelheimer Str. 13, Heidelberg
- DI, 12.03.2019, 19:30 Uhr, Film „Der marktgerechte Patient“, Cinema Quadrat, Mannheim
- MI - SA, 03.- 05.05.2019, Bundesweites Vernetzungstreffen, Düsseldorf

KollegInnen des Uniklinikums am 1. Mai 2018 in Mannheim.



Foto: *Avanti*².

Betriebsräte

Zahnlos, erschöpft oder mit hartem Kern?

H. N.

Für die Gewerkschaftsapparate sind sie wichtige Stützen im Betrieb oder unkontrollierbare Unruhestifter. Für die Kapitalisten und ihre Manager sind sie nützliche Werkzeuge oder ärgerliche Hindernisse. Für die Belegschaften sind sie konsequente InteressenvertreterInnen oder Handlager der Bosse.

Vielleicht ist das alles zu grob geschnitzt und zu sehr schwarz-weiß gemalt. Aber in der betrieblichen Wirklichkeit muss sich jedes Betriebsratsmitglied immer wieder die Frage stellen: Auf welcher Seite stehe ich? Unbedingt sollte es auch eine andere elementare Überlegung anstellen: Wie halte ich ein jahre- oder gar jahrzehntelanges Engagement durch – ohne mich zu verbiegen und ohne kaputt zu gehen?

„Diktatur der Zahlen“

Die Jagd nach ständig höheren Profiten wird durch die „Diktatur der Zahlen“ systematisiert und verstetigt. Daraus resultieren zum einen permanente „Kostensenkungen“ zu Lasten der Beschäftigten. Zum anderen gibt es immer neue Verfeinerungen des „Managements of Change“ (MOC – Management der Veränderung). Es zieht eine endlose Kette von „Restrukturierungen“ nach sich.

Ein wirklicher Teufelskreis verstärkt den Konkurrenzkampf in und zwischen den Belegschaften und führt zu ihrer Spaltung und Entsolidarisierung. Zudem verursacht er wachsende Verunsicherung und – vor allem zunehmende psychische – Belastungen bei den Beschäftigten. In der Folge nehmen arbeitsbedingte Erkrankungen ständig weiter zu.

An Betriebsräten (BR) gehen all diese Entwicklungen nicht spurlos vorbei. Ganz im Gegenteil. Wie durch ein Brennglas gebündelt spiegelt sich das betrieblich erzeugte Chaos in ihren Strukturen und ihrer jeweiligen Person wider.

Um diesem Druck standhalten zu können, ist eine gute, praxistaugliche Qualifizierung und Organisation erforderlich. Im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

Worauf aufbauen?

Wir können ganz grundlegend auf unserer jeweils eigenen Kraft, unserem individuellen Wissen und unseren persönlichen Erfahrungen aufbauen. Gemeinsam und im konstruktiven, solidarischen Austausch mit unseren KollegInnen können wir dieses Potenzial vervielfachen. Besondere Bedeutung hat hierbei die Schaffung und Festigung von aktiven Strukturen im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

10 Vorschläge

Folgende zehn, aus vielen Erfahrungen sich ergebenden Vorschläge können uns weiterhelfen:

1. Wir müssen die Balance Arbeit-Leben ständig im Auge behalten.
2. Eine strukturierte Organisation der BR-Arbeit mit überprüfbaren Schwerpunktsetzungen (Agieren statt Reagieren) ist unabdingbar.

3. Zentral ist dabei der kontinuierliche Aufbau und die Entwicklung eines *harten, widerstandsfähigen Kerns* im Betriebsrat.

4. Eine geplante politische, rechtliche und fachspezifische Schulung ist zwingend erforderlich (Verstehen von Strategie und Taktik, Zeitmanagement, Rhetorik, Kommunikation, Verhandlungstechniken, EDV-Kenntnisse ...).

5. Ohne die Kenntnis der Firma, der Branche und des Wirtschaftssystems wird ein Betriebsrat im Dunkeln tappen.

6. Glaubwürdigkeit und ein systematisches Vorgehen sind wesentliche Voraussetzungen, um die Verankerung des Betriebsrats in der Belegschaft auf- und auszubauen.

7. Ein *politisches Organizing* der Belegschaft schafft ein festes Fundament für die BR-Arbeit.

8. Gezielte Nachwuchsförderung und die systematische Suche von UnterstützerInnen ermöglichen die langfristige Sicherung der Interessenvertretung.

9. Zentrales Ziel all dieser Vorhaben ist es, die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit der Belegschaft im Betrieb zu entwickeln und so unsere Gegenmacht zu stärken.

10. Zudem sind wir gut beraten, überbetriebliche Netzwerke in den Gewerkschaften und darüber hinaus zu unterstützen.

Nie dürfen wir vergessen: „Allein machen sie Dich ein!“ Und: „Nur gemeinsam sind wir stark!“ ■

**„Allein machen sie Dich ein!“
Oder: „Gemeinsam sind wir stark!“**

**BuG-Seminar in Mannheim
Samstag, 09. März 2019, 13:30 – 18:30 Uhr.**

- Welche Grundlagen benötigen wir für erfolgreiche Betriebsratsarbeit?
- Wie vom Ich zum Wir kommen?
- Wie und mit wem können wir gewerkschaftliche Gegenmacht aufbauen?
- Was bedeutet der Aufbau von *harten Kernen* im Betrieb?
- Wie beginnen wir *politisches Organizing*?

Auf diese und andere Fragen wollen wir gemeinsam Antworten suchen und Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit ziehen.

Weitere Infos und Anmeldung bei ISO Rhein-Neckar:

Tel./Fax: 0621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

„In Erinnerung an Rosa Luxemburg – Sozialismus oder Barbarei?“

M. G.

Am 15. Januar 2019 erinnerte das Mannheimer Cinema Quadrat in Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ an den 100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs (und Karl Liebknechts). Rund 70 Menschen erlebten einen bemerkenswerten Abend.

In einem kurzen Einführungsvortrag wies Wolfgang Alles vom Aktionsbündnis auf das verheerende Wirken des konterrevolutionären Bündnisses aus MSPD-Führung, Großkapital, Reichwehr und Freikorps hin. Ihrer brutalen Bürgerkriegsstrategie fielen neben Rosa und Karl mindestens 5.000 weitere Menschen zum Opfer, die für die Ziele der Novemberrevolution eingetreten waren. Diese Zeit muss mit Bezug auf Sebastian Haffner als Geburtsstunde der deutschen Nazibewegung gelten.

Alles würdigte nicht nur Rosa Luxemburgs konsequenten, internationalistischen Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Kapitalismus und Krieg, sondern auch ihr unerschrockenes, glaubwürdiges Eintreten für eine sozialistische Demokratie und für menschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand jedoch Margarethe von Trotta's Flimklassiker *Rosa Luxemburg* (BRD 1986, R: Margarethe von Trotta. D: Barbara Sukowa, Daniel Olbrychski, Otto Sander,

Adelheid Arndt). Auch – oder gerade – heute noch beeindruckt dieses Meisterwerk des deutschen Autorenkinos. Es erzählt überzeugend das bewegte Leben der revolutionären Sozialistin von ihrer durch Krankheit überschatteten Kindheit in Polen bis zu ihrer kaltblütigen Ermordung in Berlin.

Der Hauptdarstellerin Barbara Sukowa gelingt es hervorragend, die Persönlichkeit Rosa Luxemburgs in all ihren vielen persönlichen und politischen Facetten zu verkörpern. Zu alledem bringt der Film wesentliche inhaltliche Positionen der Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD in Erinnerung.

Von Trotta's *Rosa Luxemburg* verdient eine erneute Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit. Linke und GewerkschafterInnen sollten die historische Rosa Luxemburg nicht weiter auf eine Ikone reduzieren. Ihr theoretisches, politisches und nicht zuletzt zutiefst menschliches Wirken bietet auch 100 Jahre nach ihrer Ermordung genug Stoff zur Auseinandersetzung und zum Lernen. Trotz alledem! ■

„Seite an Seite die Zeiten durchschwimmen“
Eine Hommage an Rosa Luxemburg

DO, 28. Februar 2019, 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus, Tagungsraum der IG Metall (3. OG)
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

Perú Massenproteste gegen Korruption*

Helmut Dahmer

Über unserer Gegenwart liegt der Schatten der Geschichte. Die Präsidialdemokratie, mit deren Hilfe das Land von der Wüstenstadt Lima (einer Gründung Pizarros) aus kontrolliert wird¹, ist seit dem Sturz der Diktatur vor knapp 20 Jahren immer wieder heftigen Erschütterungen ausgesetzt gewesen.

Wie in allen Gesellschaften mit zunehmender Polarisierung zwischen verelendeten Paria-Schichten, einer von Proletarisierung bedrohten Mehrheit von abhängig Beschäftigten und einer kleinen Minderheit von (international vernetzten) Finanzkapitalisten ist die Bestechung des politischen Personals (in Legislative, Exekutive und Judikative) für die Aufrechterhaltung des Status quo von entscheidender Bedeutung. Je ärmer das Land, je niedriger also das Pro-Kopf-Einkommen und je größer die soziale Ungleichheit sind, desto *erkennbarer*

werden die Machtverhältnisse. Die traditionellen Parteien und die Funktionseliten der (miteinander verflochtenen) drei Gewalten werden (gut) dafür bezahlt, dass sie die bestehenden Verhältnisse verwalten und deren Veränderung verhindern.

Schmiergelder

In den vergangenen Jahren hat der brasilianische Tycoon Odebrecht, der sich auf den Bau von enormen Infrastruktur-Projekten spezialisiert hat, eine ganze Reihe von süd- und mittelamerikanischen Regierungen mit

Hilfe ebenso enormer Schmiergelder dafür gewonnen, jeweils seiner Firma den Zuschlag zu geben. Das eröffnete Präsidenten und Parlamentariern enorme Bereicherungschancen. Und nachdem Odebrecht (2014) verhaftet worden war² – eines der wirklichen Wunder im wundergläubig-katholischen Lateinamerika –, wurde nach und nach die Korruption des politischen Führungspersonals in einer ganzen Reihe von lateinamerikanischen Staaten publik. In den letzten Jahren ereilte dies Schicksal dann auch die politische „Elite“ Perús.

Ist ein bestimmter Grad von „Transparenz“ erreicht und sind die „Grundrechte“ nicht (qua „Ausnahmestand“) außer Kraft gesetzt, ist also die Bevölkerung nicht von Angst gelähmt, dann findet sich bald eine aktive Minderheit, die spontan gegen die bestehende Unordnung und gegen das Personal, das sie verwaltet und von ihr profitiert, rebelliert. Genau das ist – ein zweites „Wunder“ – seit Herbst 2018 in Perú in Gang gekommen. Gegen Jahresende erregten zwei mutige junge Staatsanwälte, die gegen Korruption und Machtmissbrauch nicht nur in den Reihen der Parlamentarier und Parteiführer, sondern auch im Justizapparat selbst vorgehen sollten, und das auch wirklich taten, öffentliches Aufsehen.

Moderne Robin Hoods

Wie zwei moderne Robin Hoods werden die beiden, Pérez und Vela, seitdem von dem in politische Gärung geratenen Teil der Bevölkerung auf Händen getragen. Und als der Generalstaatsanwalt Chávarry am Silvesterabend 2018 plötzlich beide von dem Geldwäsche- und Korruptions-Fall Odebrecht abziehen wollte, gingen in den Städten des Landes spontan Zehntausende von Protestlern auf die Straße. Nach kurzer Frist musste Chávarry seine Entscheidung wieder zurücknehmen.

Doch nun gibt es neue Ermittlungen gegen ihn selbst wegen seines Versuchs, die Übermittlung der die Machtelite belastenden Odebrecht-Akten zu verhindern. Die DemonstrantInnen gingen schon wenige Stunden nach dem Versuch Chávarrys, die Aufdeckung des riesigen Korruptionsskandals zu blockieren, auf die Straße. In den ersten Januar Tagen weiteten sich die Proteste aus.

Schluss mit der Korruption!

So lautet die Hauptlosung der Massenproteste. Und diese Losung hat es in sich. Denn es genügt ja nicht, ein paar korrupte Politiker abzusetzen und zu bestrafen. Will man die Korruption beseitigen, muss man die unkontrollierte Herrschaft des Finanzkapitals, ihre Voraussetzung, brechen.

Der Fall Odebrecht hat neuerlich die Wahrheit über die politischen Regime der Gegenwart – über *alle* politischen Regime der Gegenwart, die parlamentarischen, also die mildesten, eingeschlossen – an den Tag gebracht: Als vermeintliche Jedermanns-Repräsentanz *aller* Klassen und Hautfarben verwalten und verteidigen sie die bestehenden, fatale Ungleichheit der Lebenslagen. Und die politischen Funktionseliten, die zwischen Staat, Wirtschaft und Armee zir-

kulieren, werden für eben diesen Job königlich bezahlt. Mit gekauften Parlamenten und Schwarzgeldwahlen wird ein Weltzustand verteidigt, in dem ein Fünftel der Erdbevölkerung in abgeschlossenen irdischen Paradiesen („gated communities“) lebt, ein anderes Fünftel aber in irdischen Höllen vegetiert.

Die Intervention des politisch aktiven Teils der peruanischen Stadtbevölkerung zeigt, dass auch heute, auch in einem Land der „Dritten Welt“, autonome „Massen“-Bewegungen möglich sind. Die Protestierenden folgen keinem Aufruf und hören auf keine Partei, sie formulieren ihre eigenen Slogans, und die TeilnehmerInnen bringen eigene Plakate mit. Wir haben es mit einer „*individuierten Menge*“ zu tun, die nicht manipu-

lierbar ist und für deren Aufkommen eine Theorie erst noch gefunden werden muss.

Der Geist der internationalen, anti-autoritären Jugendrevolte von 1968 fliegt um die Welt. Derzeit hat er in Lima und Ayacucho seine Zelte aufgeschlagen. (Lima, 07.01.2019.) ■

*[Die ungekürzte Version dieses Artikel ist hier zu finden: www.intersoz.org/peru-ander-jahreswende-2018-19/]

¹ In Lima leben 9 Millionen der 31 Millionen PeruanerInnen.

² Er hat inzwischen zugegeben, Bestechungsgelder in Höhe von 788 Millionen US-Dollar an lateinamerikanische Regierungen gezahlt zu haben.



Foto: Helmut Dahmer.

Zweite Protest-Demo auf der Plaza des Armas in Ayacucho (Peru), 02. Januar 2019.

Februar 1919

Generalstreik für Sozialisierung in Mitteldeutschland

E. B.

Der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin hatte bereits im Dezember 1918 per Beschluss die Regierung Ebert verpflichtet, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“. Aber genau dies wollten weder die Führungen von MSPD und Gewerkschaften noch ihre Bündnispartner auf Seiten des Großkapitals und des Militärs.

Diese Erfahrung führte in weiten Teilen der arbeitenden Klasse zu der Forderung, dass die Sozialisierung von den Arbeiterräten selbst verwirklicht werden müsse. Am 23. Februar 1919 rief ein Bergarbeiterkongress zum Generalstreik in Mitteldeutschland auf. Schnell solidarisierten sich andere Berufsgruppen mit dem Ausstand. Vier Tage später erreichte die Streikbewegung ihren Höhepunkt. Drei Viertel der ArbeiterInnen in Sachsen, Thüringen und Anhalt hatten sich ihr angeschlossen.

Neben dem mitteldeutschen Generalstreik gab es im Frühjahr 1919 weitere „Unruheherde“ wegen der ungelösten Frage der Sozialisierung – vor allem im Ruhrgebiet. Während dort eine breite überparteiliche Streikfront entstanden war, spielte in Mitteldeutschland der linke Flügel der USPD die entscheidende Rolle. Er war in der Industrieregion Halle-Merseburg die treibende Kraft, die auf den missachteten Sozialisierungsbeschluss von 1918 konsequent mit der Mobilisierung für den Generalstreik reagierte.

Die MSPD-geführte Reichsregierung antwortete mit einer Doppelstrategie: einerseits Einsatz von Militär gegen den Ausstand, andererseits Versprechen von Reformschritten in Richtung Sozialisierung. In Verhandlungen mit Vertretern der Streikbewegung gestand die Re-

gierung vor allem die Bildung von Betriebsräten in allen Industriezweigen und erweiterte Mitbestimmungsrechte zu. Eine Mehrheit der KollegInnen stimmte gegen eine starke Minderheit für die Annahme dieses Angebots. Damit war am 8. März 1919 der mitteldeutsche Generalstreik offiziell beendet. ■



Abbildung: Privatarchiv.

USPD Wahlplakat 1919.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.02.2019, 19:00 Uhr, „Die Ermordung der Rosa L.“, Trafohaus, Keplerstr. 22, MA
- DO, 07.02.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 08.02.2019, 19:00 Uhr, Erinnerung an Hans Reffert, Vernissage, Gehrigs Kommode, Schulstr. 82, 68199 MA
- DO, 21.02.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 22.02.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DO, 28.02.2019, 19:00 Uhr, Hommage an Rosa Luxemburg, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

